



Die Warnung ist ungewöhnlich offen formuliert, fast schon demonstrativ. Die Vereinigten Staaten, so sagt Emmanuel Macron, seien kein berechenbarer Partner mehr, wirtschaftlich schon gar nicht. Drohungen, Druck, kurzfristige Rückzüge – all das gehöre inzwischen zum festen Instrumentarium Washingtons. Europa dürfe sich darüber keine Illusionen mehr machen. Der französische Präsident nutzt die neue Unübersichtlichkeit der transatlantischen Beziehungen, um eine alte Forderung mit neuer Dringlichkeit zu versehen: eine „europäische Präferenz“ in strategischen Schlüsselindustrien. Was lange als französische Marotte galt, rückt damit ins Zentrum der europäischen Debatte.

Emmanuel Macron spricht nicht mehr von abstrakten Risiken, sondern von einem Machtkonflikt. Handelsdrohungen, industriepolitische Subventionen, technologische Abschottung – all das sei Ausdruck einer Welt, in der wirtschaftliche Offenheit kein gemeinsamer Wert mehr sei, sondern ein strategischer Nachteil. Europa, so seine Diagnose, verhalte sich noch immer wie ein „Markt“, während andere längst als „Macht“ agierten.

Abschied von der transatlantischen Selbstgewissheit

Macrons Argumentation markiert einen Bruch mit einer lange gepflegten europäischen Selbstwahrnehmung. Über Jahrzehnte galt das transatlantische Verhältnis als verlässlicher Rahmen: Konflikte wurden als temporäre Verwerfungen interpretiert, nicht als strukturelle Gegensätze. Diese Sicht, so der französische Präsident, sei überholt. Washington verfolge seine Interessen zunehmend unilateral – unabhängig davon, wer im Weißen Haus regiere.

Besonders deutlich werde dies in der Industriepolitik. Programme wie „Buy American“ oder massive staatliche Subventionen für Zukunftstechnologien schafften Wettbewerbsbedingungen, die europäische Unternehmen systematisch benachteiligten. Der freie Markt, auf den sich Europa berufe, existiere faktisch nur noch auf einer Seite. In einer Welt der „Staatskapitalismen“ wirke europäische Regelgläubigkeit beinahe naiv.

Die Rückkehr der Industriepolitik

Die von Macron geforderte „europäische Präferenz“ ist dabei weniger radikal, als der Begriff vermuten lässt. Es geht nicht um Abschottung, sondern um Priorisierung: europäische Anbieter bei öffentlichen Aufträgen, gezielte Förderung kritischer Industrien, Schutz vor aggressiv subventionierter Konkurrenz. Macron spricht von „Schutz ohne Protektionismus“ – eine semantische Gratwanderung, die den politischen Kern kaum verdeckt.

Tatsächlich vollzieht sich hier ein ideologischer Wandel. Die Europäische Union, lange Hüterin



eines nahezu dogmatischen Wettbewerbsverständnisses, beginnt vorsichtig, industriepolitische Instrumente zu akzeptieren. Der Gedanke, dass Souveränität auch ökonomische Substanz benötigt, gewinnt an Boden – nicht zuletzt unter dem Eindruck amerikanischer und chinesischer Machtpolitik.

Europäische Union steht damit vor einer Grundsatzentscheidung: Soll sie weiterhin primär Regelsetzerin sein – oder selbst strategisch handeln?

Geld, Macht und gemeinsame Schulden

Eng verknüpft mit dieser Frage ist die Finanzierung. Macron beziffert den Investitionsbedarf Europas auf Größenordnungen, die nationale Haushalte überfordern. Seine Schlussfolgerung ist folgerichtig: Ohne gemeinsame europäische Schulden werde es keine strategische Handlungsfähigkeit geben. Der während der Pandemie beschrittene Weg solle verstetigt werden.

Damit rührt der Präsident an einen der sensibelsten Punkte europäischer Politik. Für viele Mitgliedstaaten bleibt die Vergemeinschaftung von Schulden ein Tabu, Ausdruck befürchteter Transferunion und fiskalischer Disziplinlosigkeit. Für Macron hingegen ist sie Voraussetzung, um mit den Vereinigten Staaten oder China überhaupt konkurrieren zu können.

Europas ungelöster Richtungsstreit

Die französische Position trifft nicht überall auf Zustimmung. Gerade wirtschaftlich liberale Staaten im Norden Europas warnen vor einer Abkehr vom offenen Markt. Sie fürchten Effizienzverluste, Handelskonflikte und eine Politisierung wirtschaftlicher Entscheidungen. Ihr Gegenmodell lautet: weniger Bürokratie, mehr Binnenmarkt, mehr Freihandel.

Der Konflikt ist grundsätzlicher Natur. Er dreht sich nicht um einzelne Instrumente, sondern um das Selbstverständnis Europas. Ist es ein Raum, der durch Offenheit prosperiert – oder ein Akteur, der seine Interessen verteidigen muss? Macron beantwortet diese Frage eindeutig.

Europas Entscheidung unter Druck

Die eigentliche Bedeutung von Macrons Vorstoß liegt weniger in den konkreten Vorschlägen als in der Diagnose. Die Phase der bequemen Globalisierung ist vorbei. Wirtschaft, Sicherheit und Politik lassen sich nicht länger trennen. Wer in einer Welt der Machtblöcke bestehen will,



braucht industrielle, technologische und finanzielle Substanz.

Ob die „europäische Präferenz“ zur Klammer oder zum Spaltpilz wird, ist offen. Sicher ist nur: Die Zeit, in der Europa sich hinter Regeln verstecken konnte, läuft ab. Macrons Intervention zwingt die Europäer, Position zu beziehen. Nicht gegenüber Amerika – sondern gegenüber sich selbst.

Autor: P. Tiko